

Flüchtlingssituation in Deutschland - Auswirkungen auf die innere Sicherheit Forderungen der GdP Sachsen an die Politik

Die Situation in Kriegs- und Krisengebieten wird immer dramatischer. Der Ansturm von Flüchtlingen ist ungebrochen. Die Zahlen werden ständig nach oben korrigiert. Niemand kann sagen, wie lange dieser Ansturm weiter anhalten wird. Kommunen, Bundesländer ehrenamtliche Helfer und nicht zuletzt die Polizei haben die Grenzen ihrer Möglichkeiten längst erreicht.

Der Flüchtlingsansturm ist die größte humanitäre Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Diese Krisensituation kann Deutschland in einen nationalen Notstand bringen. Deshalb ist ein entschlossenes, konzertiertes und koordiniertes Handeln aller Politiker erforderlich. Es bleibt keine Zeit für Dispute und lange Überlegungen, die Flüchtlinge sind hier! Gefragt sind Lösungen und vor allem Entscheidungen!

Die GdP-Sachsen fordert die Politiker/innen auf, gemeinsam zu handeln - JETZT!

1. Die außergewöhnliche Situation erfordert eine außerplanmäßige Bereitstellung von Geld und Personal durch den Bund und die Länder, die zur Bewältigung dieser Notsituation angemessen ist (für Behörden, Kommunen, Polizei etc.).
2. Gesetzliche Regelungen sind unbürokratisch umzusetzen und die darin enthaltenen Handlungs- und Ermessensspielräume offensiv und bewusst zu nutzen:
 - schnellere Verfahren bei Asylanträgen durch mehr Personal
 - verkürzte Verfahren im Haushaltsrecht (Zuschlag ohne Ausschreibung, auf Grund der besonderen Situation nicht nur bei Sachen und Leistungen; das Haushaltsrecht lässt dies bereits jetzt ausdrücklich zu)
 - Erleichterung bei allen Zulassungen und Genehmigungsverfahren im Interesse der Lösung der Probleme (z. B. bauliche Anforderungen)
 - konsequenter Abbau bürokratischer Hürden im Interesse einer zielführenden rechtsstaatlichen Problemlösung
3. Die Polizei ist mit den derzeitigen Aufgaben bereits an der Grenze der Belastbarkeit. Die neuen, zusätzlichen Aufgaben sind ohne weiteres Personal nicht zu bewältigen. Ein deutlicher Personalzuwachs wird benötigt, um die zusätzlichen Aufgaben im Bereich der Migration bewältigen zu können. Dies gilt insbesondere im Bereich der Kommunen mit Aufnahmestellen. Dasselbe gilt auch für das Verwaltungspersonal z. B. in den Landesaufnahmestellen.
Die Flüchtlinge sind oftmals Opfer von kriminellen Banden. Es geht hierbei um Delikte wie Schwarzarbeit und Prostitution. Die Verfolgung dieser Straftäter erfordert weitere personelle Kapazitäten bei der Polizei.
Der weitere Stellenabbau der Polizei arbeitet den Kriminellen direkt in die Hände. Ein Einstellungskorridor von 400 Neueinstellungen kompensiert nach wie vor nicht die aktuellen Abgänge bei der sächsischen Polizei und stoppt somit in keiner Weise den Stellenabbau!

Es wird ein deutlicher Stellenaufwuchs zur Bewältigung dieser längerfristigen Lage benötigt.

4. Die Durchführung des Asylverfahrens muss dringend beschleunigt werden. Dafür ist es notwendig, dass das Personal des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) schnellstens erhöht und direkt vor Ort eingesetzt wird.
5. Der Austausch von Daten zwischen den Aufnahmestellen und der Polizei aller Bundesländer muss dringend den aktuellen Erfordernissen angepasst werden, nicht zuletzt, um Personen feste Identitäten zuordnen zu können. Hierzu ist eine bundesweit kompatible und bundesweit vernetzte Ausstattung mit moderner Technik erforderlich.
6. Die in den Aufnahmestellen eingesetzten Polizeibeamten/-innen benötigen eine organisierte Gesundheitsvorsorge, ständige ärztliche Begleitung und psychosoziale Betreuung. Dazu zählt auch die Dokumentation dieser Einsätze.
7. Die Sprache ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Deutschunterricht muss zum zentralen Angebot und zur Pflicht für alle Flüchtlinge ab der Erstaufnahme werden. Hierzu sind alle Potenziale zu erschließen, unabhängig von Schulstandards oder Vorschriften für Sprachunterricht. Für die Bearbeitung der Anträge sind gezielt zusätzliche Dolmetscher/innen in Größenordnungen einzusetzen.
8. Aktuelle und vollumfängliche Information ist der Garant für die Motivation der Bürger/innen. Sie ist die Voraussetzung, dass sich Bürger/innen langfristig in dieser Krisensituation ehrenamtlich engagieren. Die Politiker und vor allem die Medien haben hier eine riesige Verantwortung. Defizite an dieser Schlüsselposition wirken mittel- bis langfristig katastrophal (z.B. fehlen konkrete aktuelle Zahlen der in Sachsen im laufenden Jahr und im Monat bereits angekommenen Flüchtlinge, aufgeschlüsselt nach männlich, weiblich, Minderjährige, Familien, Nationalität und Religion).
9. Die Justiz steht in der Pflicht, schnellstmöglich die Einheitlichkeit bei der Deliktaufnahme der Privilegierungstatbestände im Ausländer- und Asylverfahrensrecht zu gewährleisten. Hierzu zählt auch die offensive Information über die Medien zu den Folgen bei Straftaten durch Asylsuchende.
10. Das Studium, die Ausbildung sowie die Fortbildung der Polizeien der Länder und des Bundes müssen modifizierend angepasst werden.

Die GdP fordert die Politiker auf: Es muss gehandelt werden - JETZT!

GdP-Wir tun was!